

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

41 (18.2.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichterhaltung des Zeitungspreises, bei gerichtslicher Entscheidung und bei Resten außer Kredit tritt 1/2 Erhöhung und Gerichtsabdruck 1/3. Bei Schluss der Anzeigen-Nummern 8 Uhr vormittags.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1.70 Mark, jährlich 41 Pf. Traktanten o. ohne Zustellung 1.00 Mark o. durch die Post 2.30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Credit 5mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Telefonat 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 26 o. Jernau 7020/7021 o. Dellschlag-Gülden, Durack, Hauptstr. 6, D.-Baden, Jagdstr. 12, Rohlf. Kolmarstr. 2, Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 41 Karlsruhe, Donnerstag, den 18. Februar 1932 52. Jahrgang

Nationalsozialistische Radauvorstellung für Prinz Auri

Wie lange noch!

Wieder Prügelei im Landtag

h.w. Karlsruhe, 17. Februar.

Wiederum war der Landtag der Schaulust einer wilden Schlägerei unter den Abgeordneten, und wiederum waren es die Nationalsozialisten, die Veranlasser und Urheber der wilden Szenen waren. Der Tatbestand ist kurz folgender: In der Dienstags-Sitzung war bei der Besprechung der förmlichen Anträge der Nationalsozialisten betreffend Parteibuchbeamten wiederholt auch auf den Parteibuchbeamten Hilfer hingewiesen worden, der nun als solcher Parteibuchbeamte von seinem Parteifreunde Frid in Thüringen Genarm und jetzt von seinem Parteifreunde Klaages in Braunschweig Professor werden sollte. Bei dem Hin und Her wurde auch der Ausschussauftrag gemacht, und zwar von dem Zentrumssa. Hilbert, Hilbert sei Delektur. Diese Bestimmung einer allbekannten Tatsache durch den Abg. Hilbert veranlaßte den Abg. Wagner, früher Badisch, jetzt Gauleiter der Nationalsozialistischen Partei, den Abg. Hilbert und die Zentrumsfraktion mit den gemeinsten Schimpfwörtern zu insultieren. Schult, Vamp, Dreklump, Schwein, Zentrumsschandpartei, waren so die geläufigsten Ausdrücke des Wagner, der selbstverständlich von seinem Parteifreund, dem Augenarzt Herr Kraft aus Mannheim kühnlich assistiert wurde.

allein in heutiger Zeit nicht gedient ist, sondern daß der anmaßende Terror der Nationalsozialisten eine aktive Notwehr, die auch vor energischem Handeln nicht zurückschreckt, zur gebotenen Pflicht macht. Der Aufmarsch der Eisernen Front in den nächsten Tagen muß zeigen, daß das badische Volk nicht gewillt ist, den Terror der Nationalsozialisten gleichgültig hinzunehmen.

Was jedoch die tiefere Seite dieser neuerlichen, von den Nationalsozialisten in Szene gesetzten Prügelei im Badischen Landtag betrifft, so steht zweifellos System in dieser Sache. Am getriggen Tage kam es im heftigen Landtag ebenfalls zu scharfen Auseinandersetzungen, so daß schließlich die Polizei gerufen werden mußte. In Württemberg wurde gelegentlich einer großen öffentlichen Versammlung der Staatspartei von den Nationalsozialisten ebenfalls eine wilde Schlägerei provoziert. Und im badischen Landtag treiben es die Nazis nicht viel anders und suchen nun durch Radauvorstellungen im Parlament die Dinge auf den Höhepunkt zu treiben. Man will nationalsozialistischerseits mit allen Mitteln das Parlament diskreditieren, um nachher man Prügeleien provoziert, dann ausruhen zu können: „Seht, so geht es im Landtag zu!“ Umso mehr ist es Aufgabe der verantwortlichen Hüter der staatlichen Ordnung, jegliches Mittel zu ergreifen, um solche Dinge unmöglich zu machen.

Nach Schluß der heutigen Vormittags-Sitzung kam der Abg. Hilbert auf diese Beschimpfungen von gestern nachmittags zurück. Gegenüber dem Abg. Kraft bemerkte Hilbert, daß er sich gegen die von diesem gemachten Beschuldigungen nicht wehre, da Kraft der § 51 des Strafgesetzbuches zur Seite stehe. Gegenüber Wagner wies Hilbert aufmerksam auf den Verhältnissen des badischen Landtags nach, daß Hilbert sich aus Versehen entfernt habe, ohne seiner Militärpflicht zu genügen, daß er bei Kriegsausbruch auch nicht dorthin zurückgekehrt sei, sich aber, um nicht ausgeliefert zu werden, freiwillig zum deutschen Heere stellte. Gegenüber seinem Parteifreunde Hilbert stellte diese allbekannten Tatsachen nochmals einwandfrei fest.

Von besonderem Interesse bei der getriggen Landtags-Sitzung war jedoch die Tatsache, daß ihr der nationalsozialistische Oberführer Prinz Auri bewohnte und es gibt viele Beobachter dieser Landtags-Sitzung, die erklären, diese Radauvorstellung der Nationalsozialisten sei von ihnen als Extrabgabe für den Hohenzollernding arrangiert worden. Wir wissen nicht, wie sich der Sprößling des Herrn von Doorn, der, wie erzählt wird, in Hiltleruniform der Sitzung bewohnte, ohne deshalb wegen Verletzung des Uniformverbots zur Rede gestellt zu werden, wie dieser Extravergeltung stellt. Eines können wir ihm jedoch sagen: Wir danken fürderhin für hohenzollerische Gastvorstellungen in Baden und das badische Volk lehnt es ein für allemal ab, sei es auch auf dem Umwege über die von der Reaktion in Biele geführte Theaterfigur Hilberts, sich vor den Wangen der Hohenzollern spannen zu lassen. Das badische Volk war und ist von jeher ein Vorbild der Reichstreue gewesen — für hohenzollerische Ambitionen hat es jedoch weder einen Mann noch einen Groschen übrig.

Die Ausführungen des Abg. Hilbert veranlaßten die nationalsozialistische Fraktion in eine wahre Kollerie. Ramentlich der Abg. Wagner brüllte die gemeinsten Schimpfwörter in den Saal, wobei die Worte Schweine und Dreklump am meisten zu hören waren. Unter dem allgemeinen Tumult schloß der Präsident die Sitzung. Raum hatten sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben, um den Saal zu verlassen, als sich der nationalsozialistische Abg. Hilbert Kraft auf den Abg. Hilbert stürzte, und diesem einige wichtige Schläge mit der Faust ins Gesicht verleihte, so daß diesem das Blut über die Augen lief. Im Augenblick darauf wälzten sich beide Abgeordneten auf dem Boden. Auch der Abg. Wagner trat in den Kampf ein, er trat in seine Solentische, um mit irgend einem Gegenstand, den er darin hatte, darauf zu schlagen. Nur mit Mühe gelang es, die Streitenden zu trennen. Die Empörung über den Antritt und Überfall des Abg. Hilbert Kraft auf Abg. Hilbert war allgemein. Wir können versichern, daß allgemein beklammert wurde, daß leider die Streitenden immer trennt werden, doch bevor die Angegriffenen Gelegenheit hatten, den Angreifern normal nach Strich und Faden die feigen Überfälle heimzusuchen. Es mag noch festgestellt sein, daß diese Schlußszenen der Vormittags-Sitzung des Landtags keineswegs aufgeführt wurde, weil die Herren vom Parlament tatsächlich empört waren, weil man Hilbert Hilbert bezeichnete. Nein, es war schon während der ganzen Sitzung aufgefallen, daß die nationalsozialistische Fraktion entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit ständig vorwärts im Saal anwesend war. Die Herrschaften hielten nämlich unter Aufsicht. In einer der Szenen mochte die Parteigenosse Auri, Prinz August Wilhelm von Preußen, der Sitzung bei. Und diesem erlaubten sich die Nationalsozialisten wohl auch die Prügelei inszeniert worden sein. Da man nicht nichts zu leisten imstande ist, muß man wenigstens auf dem Gebiete der Radaumacherei zeigen, was für Kerle doch in der badischen Landtagsfraktion der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei beheimatet sind.

Immer wieder künden die Nationalsozialisten drakonische Maßnahmen an, für den Fall, daß sie politisch zur Macht kämen. Die Antwort des heutigen Staates auf solche Drohungen beschränkt sich in sehr hohem Maße auf rein formale und verwaltungsmäßige Maßnahmen, weil die anderen hierfür in Frage kommenden Instanzen versagen. Das Verhalten der deutschen Justiz gegenüber den Nationalsozialisten ist ein Skandal und der neuerliche Erlaß Grönders bezüglich Zulassung der Nationalsozialisten in die Reichswehr bedeutet, daß man an maßgebender Stelle sogar gewillt ist, den Feinden von Staat und Ordnung die stärksten Machtmittel mit in die Hand zu geben. Der getrigge Vorfall im badischen Landtag ist ein erneuter Beweis dafür, welche Gefahren für Ruhe und Ordnung von den Nationalsozialisten drohen und wie sehr es notwendig ist, diesen Herren, statt sie zu lieben, die Zähne zu zeigen. Wir erwarten daher, daß aus dem getriggen Vorfall in jeder Hinsicht und von allen Stellen die notwendigen Konsequenzen gegenüber den Nationalsozialisten gezogen werden.

Wie obiger Bericht über die getrigge Prügelei im Badischen Landtag beweist, bemühen sich die Nationalsozialisten allem Anschein nach, ihren politischen „Erziehungsmethoden“ die Krone aufzusetzen. Herr Kraft, der schon einmal im Landtag in ähnlicher Weise betätigt, möchte allem Anschein nach dem zukünftigen Professor der angewandten Pädagogik an der Technischen Hochschule in Braunschweig Herr Hilbert als Muster eines Erziehers präsentieren, wobei ihm über Badische Landtag ansehnend gut genug dünkt, hier sein Können abzulegen. Anders sieht sich jedoch der Vorgang an, wenn man ihn vom Standpunkt eines geordneten Staatslebens ansieht. In diesem Falle ist kein Ausdrud hart genug, um das skandalöse Radautreiben der Nationalsozialisten zu charakterisieren, das in diesem Fall noch besonders dadurch beleuchtet wird, daß sie glauben, einen Zentrumssmann zum Objekt ihrer Radaumacherei machen zu können. Gleichzeitig kann jedoch dieser Vorfall gerade deswegen für weite Kreise als ein Beispiel dafür dienen, wie weit die Nationalsozialisten ihre „Erzitzten“ ausdehnen. Wenn etwas die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Erneuerung Front dargetan hat, dann gerade dieser neuerliche Vorfall im Badischen Landtag, der zeigt, daß mit Reden

Was jedoch den speziellen Fall des nationalsozialistischen Abgeordneten Professor Kraft betrifft, so ergeben sich aus dessen nunmehr im Wiederholungsfalle vorliegenden unwürdigen Treiben im Parlament Konsequenzen, die schnell gezogen werden müssen. Soweit die parlamentarische Seite in Frage kommt, so hat der badische Landtag bereits gestern ja beschlossen, daß der Abgeordnete Kraft auf Grund der Geschäftsordnung mit dem Ausschluß auf 60 Kalendertage zu bestrafen sei und gleichzeitig einen Antrag angenommen, durch den eine Verjährung der Geschäftsordnung vor allem hinsichtlich der Erweiterung der Befugnisse des Präsidenten in Vorbereitung gesetzt wird. Neben dieser parlamentarischen Seite kommt jedoch eine andere für unser öffentliches Leben überaus bedeutende Frage hinzu. Der nationalsozialistische Abgeordnete Kraft ist nicht nur Parlamentarier, sondern auch Staatsbeamter, und zwar — was hierin erschwerend in Frage kommt — Professor Kraft und Jugendreferent. Wir richten an die badische Regierung und speziell an das badische Unterrichtsministerium die Frage, ob es angeht, daß der ohnehin bedenkenlichen Tendenzen zur Verrohung der Jugend in heutiger Zeit die Verantwortung dafür tragen kann, daß ein Mann wie Professor Kraft als Lehrer in einer Schule tätig sein kann. Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Herr Unterrichtsminister, erfüllen Sie die Pflicht, die Sie Ihrem Gewissen, dem badischen Lande und der Erziehung der Jugend schuldig sind!

Arbeiterklasse und Reichspräsidentenwahl

Zur Beachtung für die deutsche Sozialdemokratie

Die gewaltige politische Entscheidung, die am 13. März das deutsche Volk bei der Wahl des Reichspräsidenten zu fällen hat, erregt das Interesse der gesamten politischen Welt. Besonders im Ausland ist man sich darüber klar, daß das deutsche Volk am 13. März eine Entscheidung zu fällen hat, die nicht nur von größter nationaler, sondern auch von internationaler Bedeutung ist. Nicht nur die sozialistischen Bruderparteien in allen Ländern, sondern auch das Bürgertum hat sofort und durchaus begriffen, daß ein Sieg des Faschismus bei der Reichspräsidentenwahl in Deutschland geradezu unabsehbare und unheilvolle Wirkungen auslösen müßte. Aus diesem Grunde konzentriert sich das Interesse der Weltöffentlichkeit in hohem Maße auf die Kandidatur des Herrn von Hindenburg. Wir wissen sehr wohl, daß innerhalb der Partei die Frage, ob die Sozialdemokratie unter den einmal gegebenen Verhältnissen sich für die Kandidatur Hindenburgs entscheiden soll, noch lebhaft umstritten ist. Das ist verständlich und begreiflich. Es dürfte aber doch unsere Parteigenossen in hohem Maße interessieren, zu erfahren, wie zwei Parteiorgane, die, wenn man so sagen darf, auf dem linken Flügel der Partei stehen, sich zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl äußern: Die Leipziger Volkszeitung und die Wiener Arbeiterzeitung. Wir zitieren:

Leipziger Volkszeitung:

„Der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist und bleibt, was er war. In der politischen Beurteilung seiner Persönlichkeit ändert sich nichts an der Charakteristik, die die sozialdemokratische Partei und auch wir in diesen Spalten im Jahre 1925 getroffen haben. Hindenburg bleibt ein streng konservativer Mann. Er steht der deutschnationalen Volkspartei politisch weitest am nächsten. Er ist und bleibt Ehrenpräsident des Stahlhelmverbundes und Hindenburg bleibt gewiß auch im Kerne seines Reichs Monarchist... Heute haben sich die Fronten wesentlich verändert und verschoben. Die Nationale Opposition, die Herren Hugenberg, Selbte, Düstlerberg und v. d. Goltz stehen unter der Führung Adolf Hitlers gegen den Reichspräsidenten, gegen den geleiteten Generalfeldmarschall von Hindenburg. Nicht weil sie die Charakterzüge dieses Mannes geändert hätten, vielmehr weil sie sich der Täuschung bewußt geworden sind, der sie vor sieben Jahren verfallen waren...“

Sociel man auch gegen Hindenburg einwenden kann, die Tatsache bleibt bestehen, daß er sich allen Bestrebungen entgegensetzt, die darauf gerichtet gewesen sind, auf illegalem Wege die Verfassung des „Weimarer Systems“ zu beseitigen.

Wenige Monate nach seiner Wahl gingen derartige Bestrebungen von den Abenteurern aus. Im Archiv des Reichsgerichts wird der Schriftwechsel wohl verwahrt, der seinerzeit zwischen Herrn von Claus und dem Reichspräsidenten geführt ist.

Hindenburg sollte seine Position als Reichspräsident dazu benutzen, um durch wiederholte Auflösung des Parlaments der Diktatur die Wege zu bereiten. Hindenburg ist den Vorkämen nicht erlegen. Adolf Hitler hat über allerte Umwege Einfluß auf den Reichspräsidenten zu nehmen gesucht. Auch diese Bestrebungen sind daneben gelommen. Das Bedauern in den Reihen der Sarzbürger ist um so größer, als die Machtposition des Reichspräsidenten gewachsen ist in dem gleichen Verhältnis, wie sich der Einfluss des Reichstages im Verfassungsleben der Republik vermindert hat...“

Nachdem es mit Hindenburg nicht gelungen ist, das „Weimarer System“ zu beseitigen, ist die Sarzbürger Front drauf und dran, gegen Hindenburg den Sturz des „Systems“ und seines Kanzlers Dr. Brüning zu erreichen... Mit Adolf Hitler als Reichspräsidenten würde der Sieg für den Faschismus gewonnen sein. Daraus aber ergibt sich die schwere Entscheidung, die die Anhänger des „Systems“ am 13. März zu treffen haben...“

Wie sich die Sarzbürger am Ende auch noch entscheiden werden, die beherrschende Frage für die Arbeiterklasse bleibt nach wie vor, wie das „System“, das System der Demokratie im Kampfe gegen den übermächtig andrängenden Gegner der faschistischen Diktatur erhalten werden kann. Würde die deutsche Arbeiterklasse ein einheitlich geschlossenes Ganzes sein, dann würde darob keinerlei Diskussion entstehen. Dann gälte es den Kandidaten aussfindig zu machen, der die Garantie dafür bietet, daß die sozialistischen Arbeitermassen, die Träger der Demokratie, ihren Repräsentanten, wie in den Zeiten des Amturnes, an die Spitze des Reiches stellen würden...“

Die österreichische Sozialdemokratie hatte im vergangenen Jahre — da sie einheitlich und geschlossen die österreichische Arbeiterchaft repräsentiert — die besten Aussichten, ihren Präsidentschaftskandidaten, den Genossen Karl Renner, in der allgemeinen Volkswahl durchzubringen. Sie verzichtete auf die Entscheidung in offener Feldschlacht, während bereits der Kampf in den Verhältnissen begonnen hatte. Sie erklärte sich nach langwierigen Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien bereit, der Wahl im Parlament auszuweichen. Das war für die österreichische Bourgeoisie die Garantie, daß ihr Kandidat gewählt werden müßte, da im österreichischen Parlament das Bürgertum eine zwar kleine, so doch immerhin eine Mehrheit hat. Die österreichische Sozialdemokratie hat den aussichtsreichen Kampf aus taktischen Gründen aufgegeben.

Auch für die deutsche Sozialdemokratie wird es von entscheidender Bedeutung sein, die richtige taktische Position auszuwählen. . . . Wir wissen, daß die Entscheidung nicht leicht sein wird. Wir wissen auch, daß die Entscheidungen wahrscheinlich nicht jeden be- zrieden werden. Die deutsche Sozialdemokratie indes hat jenen Auftrag zu erfüllen, der ihr im Hochsommer des vergangenen Jahres von den 26 Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erteilt worden ist. Sie muß als Vorkämpferin der proletari- schen Parteien in der Internationale den Vormarsch des Faschis- mus unterbinden. Von diesen Gesichtspunkten aus, an der Hand dieser Direktiven, wird die letzte Entscheidung zu treffen sein.

Es gilt zu verhindern, daß der Faschismus in Deutschland zur Macht gelangt. . .

Wiener Arbeiter-Zeitung:

So wird die Reichspräsidentenwahl zu einer Entscheidung zwischen dem offenen Faschismus und dem, was in Deutsch- land von der Demokratie der Weimarer Verfassung noch übrig geblieben ist.

Die Kandidatur Hitlers zeigt in greulichstem Licht, daß am 13. März eine weltgeschichtliche Entscheidung fällt, die für die ganze euro- päische Politik und für den Kampf der Arbeiter in der ganzen Welt ungeheuerste Bedeutung hat. . . .

Was ein Sieg Hitlers bedeuten würde, das kann man sich nach den unerbittlichen Ankündigungen der hitlerischen Unterfeldwebel un- schwer vorstellen: die Nacht faschistischer Unterdrückung würde über die deutsche Arbeiterklasse hereinbrechen. Alles, was die deut- schen Arbeiter an wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechten besitzen, würde von einem blutbesten und immer neuen Arbeiter- blut vernichtend regime der Landstroläher der deutschen Schwer- industrie zerschmettert werden. . . . Das ist die soziale Bedeutung der Kandidatur des Mannes, der erst vor wenigen Wochen bei einem Bruch mit der Schwerindustrie des Ruhrgebietes sein Programm erläutert hat.

Zu diesen Gefahren für Leib und Leben der deutschen Arbeiter und Angehörigen kommt die furchtbare Erschütterung, die ein Sieg Hitlers für die ganze europäische Politik bedeuten würde. Eine faktenorientierte Politik in Deutschland muß zwangsläufig über kurz oder lang zu unerbittlichen Spannungen führen; entweder an der Ost- oder an der Westgrenze, wahrscheinlich an beiden, würde die von den Faschisten durchgängige Weibung entzündete Kriegs- fackel zu brennen beginnen. Am Tage nach Hitlers Wahl würde Europa einem Kriegsstaat vor Ausbruch der Schlacht gleichen.

Gegen diese Gefahr, die der ganzen Menschheit droht, kämpft die deutsche Demokratie, kämpft die auf heiß umtobten Vorposten stehende deutsche Sozialdemokratie. Bei der Präsidentenwahl geht es zunächst nicht um die Entscheidung für eine Sache, sondern vor allem um eine Entscheidung gegen: um den Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr, gegen die Niederwerfung der deut- schen Arbeiterklasse, gegen eine Reaktion, die Deutschland ins Mit- telalter zurückwerfen und den Sieg des Sozialismus in Europa um Jahrzehnte verzögern würde.

Und die Arbeiterklasse? Die deutsche Sozialdemokratie wird vor- ausichtlich keinen Gegenkandidaten gegen Hindenburg aufstellen. Damit dokumentiert die deutsche Partei, daß bei dieser Reichsprä- sidentenwahl der Kampf nicht zwischen Kapitalismus und Sozialis- mus ausgefochten werden kann, sondern daß es bei dieser Wahl nur um die Frage geht, ob der Kapitalismus der sozialistischen Ar- beiterbewegung jede Bewegungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Kampfsmöglichkeit rauben, oder ob der Kampf zwischen Sozialis- mus und Kapitalismus weiter auf dem steinigen, aber wenigstens nicht abschüssigen und doch allmählich aufwärts führenden Weg der Demokratie ausgefochten werden soll. Es ist eine tragische Situation, in die der deutsche Sozialismus geraten ist, eine Situation, die die ganze internationale Arbeiterklasse mit Schmerz erfüllen muß. Der Generalfeldmarschall, der trotz seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit eben der Marschall des Weltkrieges bleibt, ist der Mann, der jetzt das geringere Übel gegenüber dem gewalttätigsten Faschismus bedeutet. Und über die Person hinaus ist jetzt der alte Kapitalis- mus noch immer weniger gefährlich als die faschistische Verklammerung. Aber diese Wahl zwischen der legalen Generalsuniform und der Banditentracht des Braunhemdes sollte allen Arbeitern der ganzen Welt vor Augen führen, wohin das furchtbarste Übel der Arbeiter- bewegung, die Spaltung führt. . . .

Die Kommunisten haben in ihrer wahnwichtigen Verblendung jede ernsthafte Möglichkeit eines Zusammengehens der beiden Arbeiter- parteien unmöglich gemacht: sie haben mit der Kandidatur Thal- manns nur die Gefahr eines faschistischen Sieges gesteigert, ebenso wie sie bei der vorigen Reichspräsidentenwahl durch die auf Thal- manns zurückzuführenden Stimmen den Sieg Hindenburgs über den Zentrumdemokraten Marx herbeiführt haben.

Sehen die Männer in Moskau nicht endlich ein, daß sie ihr einge- zogenes Netz in Rußland gefährden und das Weltproletariat der Reak- tion ausliefern, wenn sie an einer Irrenpolitik festhalten, die „prinzipiell“ und „revolutionär“ zu handeln glaubt, wenn sie durch Zerstückelung der Kräfte des Proletariats nur die Gefahr des Sieges des Faschismus heraufbeschwört?

Die französische Kabinettskrise

Paris, 17. Febr. (Eig. Draht.) Der Präsident der Republik hat am Mittwoch mit zahlreichen Parlamentariern über die Lö- sung der Kabinettskrise beraten. Er empfing die Vorsitzenden und Berichterstatter der Finanzkommission, des Senats und der Kam- mer, die Vorsitzenden der verschiedenen Parlamentsfraktionen, dar- unter den radikalen Senator Biéville, den Abgeordneten Berriot, Leon Blum, Louis Marin, den sozialistischen Senator Reboil, die Abgeordneten Guernut (Unabhängige Linke), Fran- çois Bouillon und Cochrin.

Der Krieg im Osten

London, 17. Febr. (Eig. Draht.) Am Mittwoch wurden in Schanghai zwei Matrosen des englischen Kreuzers „Suffolk“ durch ein Schrapnell so schwer verletzt, daß sie bald darauf starben. Das Geschloß galt vermutlich einem nahegelegenen japanischen Schiff. Der englische Konsul in Schanghai hat im Auftrag seiner Regie- rung gegen das Vorkommen bei den chinesischen Behörden protes- tiert.

Am Mittwoch fielen ferner in den internationalen Teil von Schanghai insgesamt 45 Geschosse nieder. Mehrere Chinesen wur- den getötet, viele verletzt. Nicht weit von den Einschlagstellen auf dem englischen Kreuzer ankert der Dampfer „Trier“ des Nord- deutschen Lloyd.

Genf, 17. Febr. (Eig. Draht.) Der Appell des 12er Ausschusses des Völkerbundesrats an Japan ist am Mittwoch nachmittag ver- öffentlicht worden. Sein Ton ist außerordentlich entschieden und ernst. Er verlangt, endliche Erfüllung der Verantwortungspflicht Japans als Inhaber eines ständigen Mitglieds.

Polizei im Hessen-Landtag

Die Nationalsozialisten propagieren den Bürgerkrieg - Hessens Innen- minister warnt vor dem Spiel

Darmstadt, 17. Febr. (Eig. Draht.) Im hessischen Landtag kam es am Mittwoch zu unwürdigen Szenen. Die Sitzung wurde deshalb unterbrochen.

Der Naziabgeordnete Lenz gab eine Erklärung ab, nach der in Breidenheim bei Mainz 30 Nazi bei der Vereisung von Ein- ladungsbetteln für eine Versammlung von 400 Kommunisten mit Schlägen und gefährlichen Werkzeugen überfallen worden seien, ohne daß die Polizei eingeschritten sei, die seit dem „11. Dezember verfassungswidrige“ Amtstätigkeit des Innenministers Kaufner treibe in den Bürgerkrieg hinein. Die Regierung sei nicht mehr Herr der Lage. Reichsaufsicht sei geboten. Bis zur Sicherstellung des öffentlichen Schutzes

fordere die NSDAP, ihre Mitglieder auf, zu ihrem eigenen Schutz in jeder Weise von dem Notwehr- und Notstandrecht der geltenden gesetzlichen Bestimmungen Gebrauch zu machen.

Der Abgeordnete der kommunistischen Opposition, Galm, wurde von den Nazis mit dem Ruf „ein Staatsverrat“ empfangen. Galm quittierte mit einem Hinweis auf die Staatslosigkeit Hitlers. Er schämte sich nicht, Sozialist oder Kommunist zu sein, aber anstandslos der Aufforderung des Abg. Lenz zum Bürgerkrieg schämte man sich, hessischer Landtagsabgeordneter zu sein. Ehe Galm seine Ausführungen beendet hatte, kürierten die Nazis geschloffen gegen die Rednertribüne vor. Auch die Linke begab sich nach vorne, so daß ein Tumult entstand.

Der zu einem Handgemenge zu werden drohte. Der Naziabgeord- nete sprach der Situation machtlos gegenüber. Er wußte keinen anderen Ausweg, als seinen Sitz zu verlassen. Unterdessen strömten die nationalsozialistischen Tribünenbesucher in die Wandelgänge. Ein Hitlerianer rief dem Innenminister zu: „Leuschner, was hast du überhaupt noch zu suchen?“ Im gleichen Augenblick ergriff

Polizei in Uniform im Türabmen, was auf der Rechten zu scharfen Protesten führte. Der Naziabge- ordnete verhandelte mit einem Beamten und schloß dann die Sitzung für eine Stunde.

In der neuen Sitzung wurde der Abg. Koh (SPD) wegen des Ausdrucks „Naziabend“ zur Ordnung gerufen. Innenminister Kaufner erklärte, daß in Breidenheim

11 Personen als verdächtig verhaftet worden seien. Das beweise, daß die Polizei ihre Pflicht tue. Der Naziabgeord- nete Lenz habe seine Parteifreunde unerhört zum Bürger- krieg aufgefordert.

Wenn alle Parteien ihre Mitglieder auffordern wollten, bei jeder Gelegenheit zu blutiger Selbsthilfe zu schreiten, so wäre der Bür- gerkrieg da. Die Ordnung aber werde einzig und allein von den staatlichen Organen ausgeübt.

Er warne deshalb jeden Staatsbürger, der etwa glaube, nach der Auffor- derung des Abg. Lenz den Weg zur Selbsthilfe beschreiten zu sollen.

Sturmjahren im braunschweigischen Landtag

Braunschweig, 17. Febr. (Eig. Draht.) Die Mittagspause des braunschweigischen Landtags gestaltete sich durch die stän- dige Geschäftsführung des Naziabgeordneten Böner und durch die von ihm unterstützten Propagandas der Nationalsozialisten äußerst kümmerlich. Zweimal innerhalb kurzer Zeit flohen die Sitzungen auf. Es hagelte Ordnungsrufe, aber nur gegen links.

Herabsetzung der Fürstrenten

Der sozialdemokratische Neuregelungsantrag im Rechtsauschuß teilweise angenommen

Berlin, 17. Febr. (Eig. Draht.) Der Rechtsauschuß des Reichstags nahm am Mittwoch mit 15 Stimmen der So- zialdemokratie, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Christlich-Sozialen und der Kommunisten den sozia- demokratischen Antrag zur Neuregelung der Fürstrenten an. In diesem Antrag wird verlangt, daß die auf Grund von Urteilen, Vergleichen, Verträgen oder Landesgesetzen von einem Land an das vormalige regierende Fürstentum zu ent- richtenden Dauerleistungen entsprechend der Veränderung der wirtschaftlichen Voraussetzungen in Anwendung der Grundzüge der Rentenordnung vom 24. August 1931 herabgesetzt werden können. Zur Entscheidung über die Ausmaß der Her- absetzung soll eine Rechsliche Stelle beim Reichsmini- sterium des Innern gebildet werden, in der von diesem Mini- sterium, sowie vom Reichsjustiz- und Reichsfinanzministerium je ein Mitglied entsandt werden soll.

Zwei kommunistische Anträge auf entschädigungslose Enteignung aller Vermögen, die den Fürsten durch Urteil oder Verträge oder auf Grund sonstiger Auseinandersetzungen zugesprochen worden sind, wurden abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Lei- stungen an die Fürsten mit sofortiger Wirkung einzustellen und die Auseinandersetzungen mit ihnen neu zu regeln, wurde mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Memels Landtag protestiert gegen Litauen

Memel, 17. Febr. Der memelländische Landtag besaßte sich heute mit den Vorgängen im Memelgebiet. Mit allen gegen vier nationallitauische Stimmen wurde ein Antrag der Mehrheits- partei angenommen, in dem sofortige Aufnahme aller Ge- wealtmaßnahmen und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gefordert wird.

Mißtrauensanträge im Reichstag

Berlin, 17. Febr. (Eig. Draht.) Die Kommunisten haben im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen die Re- gierung Brüning eingebracht.

Die Nazis und Deutschnationalen werden eben- falls Mißtrauensanträge gegen die Gesamtregierung und gegen einzelne Minister, wie Gröner, einbringen.

Der Antrag gegen Gröner verfolgt lediglich den Zweck, der Sozialdemokratie Schwierigkeiten zu bereiten.

Hitler als thüringischer Gendarm

Eine scharfe Debatte im thüringischen Landtag

SPD, Weimar, 17. Febr. (Eig. Draht.) Im thüringischen Landtag äußerte sich der rechtsstehende Minister Kästner am Mittwoch über die Ernennung Hitlers zum Polizei- kommissar von Hildburghausen. Als er Friede Verhätten zu rech- fertigen suchte, fand Kästner insbesondere in den Reihen der So- zialdemokratie lebhaften Widerspruch. Schließlich bekannte er sich unter dem Druck der Situation zu der Auffassung, daß

Friede Verhalten doch illegal gewesen sei. Immerhin hätten sich die Beamten, denen Fried Schweigepflicht auferlegt habe, in keiner Beziehung rechtswidrig benommen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Brill wies auf Grund des Beamtengesetzes darauf hin, daß die Einstellung Hitlers als Ge- waltvermittelndem Kommissar von Hildburghausen eine Scheineinstellung gewesen sei, und daß beide Beamte sich über die Rechtswidrigkeit der Verhaftung Hitlers von vornherein hätten im Klaren sein müssen.

Der völkerverfeindliche Abgeordnete Wigmann nahm die beiden Beamten, die Mitläufer der Deutschen Volkspartei sind, in Schutz. Fried habe die Beamten in eine schwierige Lage gebracht. Was- dings hätte er, Wigmann, an Stelle der Beamten zu Fried gelei- tet. „Suchen Sie sich einen anderen Beamten, oder schreiben Sie ihn das selbst nieder.“ Eine

Parteiunehrlichkeit, wie sie von den Nationalsozialisten betrieben werde,

lehnte die Volkspartei ab. In ihrer Agitation scheine die NSDAP, daß in ihrer praktischen Arbeit dagegen hitler klein. Das beweisen auch die Auseinandersetzungen im Landtag. Die Nationalsozialisten leisteten hier keine positive Mitarbeit. Auch

während der Tätigkeit des Ministers Fried in Thüringen sei von den Nationalsozialisten irgend welche positive Ar- beit nicht geleistet worden.

Schwere Nazi-Bluttaten

Kreisau, 17. Febr. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Mit- twoch wurde in Kreisau, Kreis Kreuzburg, eine neue schwere Bluttat von den Nationalsozialisten verübt.

Ein nationalsozialistischer Sturmtrupp

fuhr im Auto nach dem benachbarten Bankau, wo sie die Straßen- postkasten nach der Wohnung des Kommunisten Wamisch fragten. Als schließlich ein Verkauf stattfand, schlugen die Nationalsozialis- tinnen auf die sich anmeldende Wamisch an. Im gleichen Augenblick kam der Landarbeiter Kaufmann Bassi mit seiner Frau über die Straße. Die Nazis erkannten ihn und kürierten sich auf ihn. Bassi flüchtete in die in der Nähe gelegene Wohnung seines Vaters. Die Nationalsozialisten verfolgten ihn, schlugen Fenster- und Türen der Wohnung ein und brachten in das Haus der Vaters von Bassi ein. Als der Vater sich den Eindringlingen we- den Weg stellte,

wurden mehrere Schüsse auf ihn abgefeuert, so daß der alte Bassi schwer verletzt wurde.

Der junge Bassi war unterdessen in die erste Etage Schlafkammer geschleift. Auch hier brachten die Nationalsozialisten ein und kretchen auch den jungen Bassi durch mehrere Schüsse nieder. Er war sofort tot.

Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung

Berlin, 17. Febr. (Eig. Draht.) Das Reichskabinett wird sich in der nächsten Zeit mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm be- schäftigen. Vier liegen vorarbeiten aus dem Reichswirtschafts- ministerium vor. Außerdem werden dabei die Pläne erörtert werden müssen, die von gewerkschaftlicher Seite aufgestellt worden sind.

Der Reichsbankausweis

Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 22 Millionen auf 107,9 Millionen Reichsmark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,3 Millionen auf 3,6 Millionen Reichsmark zugenommen und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 2,5 Millionen auf 14,4 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 25,8 Prozent gegen 25,1 Prozent in der Vor- woche.

Freistaat Baden Außerplanmäßige Ausgaben

Die Regierung hat dem Landtag das Verzeichnis der in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1931 bewilligten außerplanmäßigen Ausgaben zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt. Es betragen sich dabei um die Beschaffung von Sonderwagen für die Polizei, die aus sicherheitspolizeilichen Gründen notwendig wurde und den Betrag von 150 000 M. erforderte; ferner sind erwähnt die Reichsüberweisung an die Hauptstadt Mannheim für Verbesserung der Zufahrt der Rheinbrücke aus der Reichswehrtstelle 1930 nach Mark und die Reichsüberweisung aus der Reichswehrtstelle 1930 zur Förderung des gewerblichen und kaufmännischen Fachschul- und Fortbildungswesens mit 60 000 M. insgesamt also 400 000 M.

Weiter ist dem Landtag das Verzeichnis der in der Zeit zwischen der letzten Sitzung des Landtags 1930/31 und dem Zusammenbruch des Landtags 1931/32 erteilten Administrativkredits zugeordnet. Es handelt sich hierbei um Reichsüberweisungen an das Mini- sterium des Innern zur Linderung der besonderen Notlage kul- turwirtschaftlichem Gebiete, in welche die westlichen Bezirke Deutsch- lands durch die langjährige Belagerung und die neue Grenzsetzung geraten sind. Es kommen in Frage 395 000 M. für Gewerbe, Bran- del und Handwerk, 330 000 M. für Landwirtschaft und Ernährung zusammen also 725 000 M.

Dem Präsidenten des Badischen Oberlandesgerichts in Karlsruhe, Bukengier, der am 18. Februar seinen 60. Geburtstag feiert, wurde von der rechts- und landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg die Würde eines Doktor honoris causa ab- zureden verliehen.

Achtung! Achtung! Samstag, den 20. Februar, abends 20 Uhr, im großen Saal der Städtischen Festhalle

Generalappell und Aufmarsch der Eisernen Front Massen heraus! Tritt gefaßt!

Gewerkschaftliches

Kautionschwindler!

Wie schützt sich der Angestellte?

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns die nachstehende Notiz geschickt, die wir ihrer Wichtigkeit wegen gern unseren Lesern zur Kenntnis bringen.

Es kommt vor, daß die Angestellten sich bei Abschluss eines Anstellungsvertrages verpflichten, dem Arbeitgeber ein bares Darlehen zu geben. Seltener erhalten die Angestellten diese Beträge wieder zurück. Die Angestellten werden auch nicht durch den Abschluss eines sogenannten Sicherungsvertrages — Vereinbarung von Gegenständen geschützt — Es läßt sich im voraus nie feststellen, ob die Gegenstände auch dem Schuldner (Arbeitgeber) gehören.

Gewiß kommt es vor, daß Angestellte, die mit dem Kassenwesen des Arbeitgebers in Verbindung kommen oder eine Kasse oder ein Warenlager zu verwahren haben, eine Kautions stellen müssen. Diese Kautions soll dem Arbeitgeber als Sicherheit dienen. Gewöhnlich wird die Kautions dem Arbeitgeber in bar oder durch Einzahlung eines Sparkastensbuches übergeben. Wenn die Angestellten so verfahren, so sind sie keineswegs geschützt. Der Arbeitgeber kann über die Barzahlung verfügen. Er hat auch die Möglichkeit, das bei der Sparkasse eingezahlte Sparbuch abzugeben. Wird über das Vermögen des Arbeitgebers das Konkursverfahren verhängt, so genießt der Angestellte nur für den Betrag der Kautions das Recht, der durch Einbehaltung des Gehalts entstanden ist.

Veranstaltungen

Generalversammlung der Fabrikarbeiter im Bezirk Karlsruhe Sonntag, 14. Februar, fand im Volkshaus Karlsruhe die Generalversammlung der Fabrikarbeiter des Bezirks Karlsruhe statt, die von den Delegierten des ganzen Bezirks zahlreich besucht war. In ihren Geschäftsberichten wiesen die beiden Geschäftsführer Karl E. und Philipp auf die schwere wirtschaftliche Lage der Fabrikarbeiter hin, die im Bezirk Karlsruhe wohl mit am schärfsten zu bezeichnen ist.

Das Jahr 1931 war eines der größten Elendsjahre, das die Arbeiterklasse bisher durchzumachen hatte. Sein Wesen war gekennzeichnet durch Betriebsstillegungen, und die damit verbundene Arbeitslosigkeit für die Fabrikarbeiter, sowie die Kurzarbeit und Lohnabbau.

Die letzte Lohnsenkung, die selbst mit dem staatlichen Mittel der Notverordnung durchgeführt wurde, hat unter der Arbeiterklasse die größte Erbitterung hervorgerufen. Daß die Wirtschaftslage sich durch die angeordnete neue Lohnsenkung noch weiter verschlechtern wird, ist jetzt schon ohne weiteres erkennbar. Die Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung ist weiter fortgeschritten, trotzdem die vierte Notverordnung auch etwas wie eine Preislenkung vor sich, deren Auswirkung aber noch sehr in Frage steht, weil gleichzeitig die Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 Prozent erhöht wurde. An die Geduld der Arbeiterklasse werden in dieser Krisenzeit große Anforderungen gestellt, und man kann die heutige Situation mit der im Jahre 1923 vergleichen, als die Inflation ihren Höhepunkt erreicht hatte. Auch jetzt wollten große Teile der Unternehmer und ihre Soldaten, die Nazi, wieder eine Inflation hervorrufen, um damit auf Kosten der breiten Volksmassen Geschäfte zu machen und der Arbeiterklasse die letzten Erzeugnisse der Staatsverwaltung nehmen zu können. An zahlreichem einwandfreiem Material konnte Phillips die Schuld der deutschen Wirtschaftsführer nachweisen.

Einen breiten Raum in den Ausführungen nahmen die Schilderungen über die Wirtschaftslage im Jahre 1931 ein. Die Gewerkschaften lehnen alle Verantwortung für die Folgen der wirtschaftlichen Krise ab und betonen, daß nur die Steigerung der Kaufkraft des Lohnes das Ziel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik sein kann. In diesem Sinne sprach sich auch die Entschlossenheit des Bundesauschusses des ADGB aus.

In seinem Kassenbericht konnte Karl E. auf die großen Summen hinweisen, die den Mitgliedern in Form von Unterstützungen aller Art wieder zugeflossen sind. An Arbeitslose, Kranke und Invaliden wurden rund 25 000 Mark im Bezirk zur Auszahlung gebracht. Dabei werden die Summen, die jetzt schon zu übersehen sind, in diesem Jahre noch höher sein als im Jahre 1931.

An der Aussprache beteiligten sich eine ganze Anzahl Delegierte, die mit der Arbeit der Verwaltung restlos einverstanden waren. Um den Gewinnern von links und rechts entgegen treten zu können, wurden auch die Besätze der Angestellten beprochen, um den Schwindel über deren angebliche Höhe abzuwehren zu können.

Das vernünftige Treiben der Nazis und der KPD, in den Betrieben wurde von den Delegierten gebührend gefeiert. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß am besten gegen diese Gesellschaft gearbeitet würde, indem man die Belegschaften der einzelnen Betriebe restlos dem Verband der Fabrikarbeiter zuführe.

In ihren Schlussworten konnten die beiden Geschäftsführer auf die weitere notwendige Arbeit im Dienste des Verbandes hinweisen. Durch das Vertrauen der gesamten Delegierten konnte die bisherige Verwaltung einstimmig wieder in ihren Ämtern bestätigt werden. Im weiteren Verlauf der Generalversammlung wurde Stellung zu der Frage der Beteiligung an der Eisernen Front genommen. Auch hierzu wurde von den Delegierten zum Ausdruck gebracht, daß endlich einmal etwas gegen die Gesellschaft des Terror von links und rechts unternommen werden müsse. Die Geduld der organisierten Arbeiterklasse ist schon viel zu lange auf eine harte Probe gestellt. Mit dem Wunsche, daß bald eine bessere Wirtschaftslage eintreten müsse, wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

ersten Versuch, einen Beweis für seine Behauptungen anzutreten, trotzdem die lokale Nazipresse schon vor Monaten triumphierte, daß Herr Stamper einen bösen Reinfall in Erlangen erleben werde. Es kam anders.

Das Gericht verurteilte den Beklagten zu 50 Mark Geldstrafe und erkannte dem Geschäftsführer und dem Chefredakteur des Vorwärts, das Recht der Publikation im Vorwärts dem Erlanger Volksblatt und dem nationalsozialistischen Wochenblatt Kampf zu. Das Gericht sprach in der Begründung ausdrücklich aus, daß die Behauptungen des Herrn Groß in seiner Weise begründet und daß

nicht einmal der Versuch eines Wahrheitsbeweises

gemacht wurde. Der Beklagte sei Hauptlehrer und müsse sich bemühen, daß er die Vorwärtsredakteure in ihrer Ehre herabsetzen wollte. Ihm sei es nur darauf angekommen, der sozialdemokratischen Presse etwas anzuhängen. Trotz alledem erkannte der Richter nur auf die lächerliche Strafe von 50 M. Eine höhere Strafe hätte eintreten müssen, hätte er hinzu, wenn der Beklagte zur Zeit der Verleumdung Kenntnis gehabt hätte, daß das, was er behauptete, unwohrt ist. Das Gericht war der Meinung, daß Groß das, was er in seinen Zeitungen geschrieben hat, geglaubt und weiter verbreitet habe, ohne sich zu vergewissern, ob die Behauptungen wahr sind.

Auskünfte der Redaktion

Deitsheim. An sich ist die Rente im allgemeinen nicht pfändbar. § 11. Das Ausmaß der Unterfütterung richtet sich sowohl nach den sozialen Verhältnissen der Eltern wie auch der unterfütterungspflichtigen Kinder. Die Unterfütterungspflicht geht natürlich nur soweit, als die eigene Unterfütterungsmöglichkeit des unterfütterungspflichtigen Kindes nicht gefährdet ist.

§ 100. §. Der Nachbar kann Ihnen die Durchfahrt wohl verbieten, aber ob bei einer Anlage das Verbot befristet wird, ist kaum denkbar, da die Erlaubnis ja schon über 30 Jahre gewährt ist.

§ 1. Der Mietpreis in Neubauten richtet sich in erster Linie nach den Herstellungskosten und den auf dem Bau ruhenden Ausgaben usw. Da wir aber diese Kosten nicht kennen, so können wir unmöglich auch nur annähernd die Höhe des Mietpreises angeben. Werden Sie sich doch an das Bezirksamt, das laut Notverordnung als Bescheidverordnungsamt in Betracht kommt, wenn bei Neubauten die entsprechende Mietsenkung nicht durchgeführt wird.

§ 2. Die Erben haben auch die Kosten zu übernehmen. § 103. Wenn Sie Ihr Vermögen, aus über den Willkürteil hinaus, Ihrer Frau vererben, so ist der Staat berechtigt, seine Forderungen von diesem Vermögen zu erheben. Auch dann, wenn nur der Willkürteil in Frage kommt, hat der Staat das Recht, einen Auszug, wie das Vermögen vor dem Zugreifen des Staates demotriert werden kann, wissen wir nicht.

§ 100. 1. Nach der amtlichen Umrechnungsabelle verhält sich der Wert von Papiermark zu Goldmark folgendermaßen: September bis Oktober 1918 10 Papiermark = 6,45 Goldmark; Juli 1919 10 P.M. = 2,86 G.M.; August 1919 10 P.M. = 2,69 G.M.; Oktober 1919 10 P.M. = 1,66 G.M.; Dezember 1919 10 P.M. = 1,04 G.M.; 1.—10. April 1920 100 P.M. = 7 G.M.; 11.—30. Mai 1920 100 P.M. = 8,79 G.M.; 21.—31. Dezember 1920 100 P.M. = 6,20 G.M.; 1.—20. März 1921 100 P.M. = 7,09 G.M.; 1.—10. Januar 1922 100 P.M. = 2,52 G.M.; 11.—20. Februar 1922 100 P.M. = 2,24 G.M.; 2. Sie müssen uns angeben, um was für einen Art von Darlehen es sich dreht. Die Goldmarkrechnung beantragt im Dezember 1923.

§ 100. Jeder Eigentümer eines Althauses, auch wenn er Nationalsozialist ist, muß laut Notverordnung 10 Prozent an der Dreiecksmiete nachlassen.

§ 113a. Neubauwohnungen, die hypothekenfrei sind, werden laut Notverordnung von der Mietpreissenkung nicht betroffen. § 5. Die Genossenschaften sind dazu berechtigt. Die Antwort ist also richtig.

§ 2. Die Mitgliedschaft eines Nationalsozialisten in einem Arbeiterverbande oder Sportverein ist in Frage kommen.

§ 3. Die Räumungsgeldgebühren können durch die Räumungsauftrag erlassen werden bei: Wunden, Schwereitsbeschädigungen, Krankheitsfällen, Personen, die infolge schwerer körperlicher Leiden in ihrer Bewegungsmöglichkeit und im Bezug von öffentlichen Vorrichtungen dauernd ernstlich behindert sind und sich in bedauerlicher wirtschaftlicher Lage befinden; außerdem an Arbeitslose, die Krisenunterstützungsempfänger sind, oder als ausgesetzte Arbeiterunterstützungsempfänger Räumungsgeldgebühren erhalten, oder auch solche, die wegen Mittellosigkeit der Gemeinde keine Unterstützung erhalten, aus der Krisenfürsorge ausgesetzte kriegsbeschädigte Arbeitslose, die zwar keine Räumungsgeldgebühren erhalten, deren Bedürftigkeit jedoch durch die Gewährung der Unterstützung anerkannt ist. Das sind die hauptsächlichsten Fälle, in denen die Gebühr erlassen werden kann. In jedem Falle ist jedoch Monat ein Antrag auf Erlaß von Räumungsgeldgebühren an die Polizeiamt zu stellen, von der auch Antragsformulare erhältlich sind.

Berliner Devisennotierungen Mittelkurs

Table with 4 columns: City, 17. Februar, 16. Februar. Rows include Amsterdam, Italien, London, New York, Paris, Prag, Schweiz, Spanien, Stockholm, Wien.

Chefredakteur: Georg Schöpplin, Verantwortlich: Volpert, Pressesachbearbeiter: Volkshaus, Postfach 100, Erlangen. Redaktion: Volkshaus, Postfach 100, Erlangen. Druck: Volkshaus, Postfach 100, Erlangen.

Aus dem Gerichtssaal

Harte Strafe für Meineid

Karlsruhe, 17. Febr. Als letzter Fall der diesmahligen Sitzung des Karlsruher Schwurgerichts wurde der Fall gegen Johannes Karad aus Geislingen (Sachsen) verhandelt, der unter der Anklage des Meineides stand. Der Angeklagte ist jetzt 22 Jahre alt und wurde am 24. Juni vor dem Amtsgericht in Karlsruhe endlich bei einem Unterhaltungsprozess vernommen, bei dem er anwand, daß er mit der Kindesmutter Sch. aus Weidach niemals geschlechtlich verkehrt habe. Die heutige Mutter, selbst noch minderjährig, gab aber unter ihrem Eid an, daß Beziehungen stattgefunden haben. Daraufhin sollte gegen die Mutter bereits ein Verfahren eingeleitet werden, bis sich Logik für den Angeklagten schließlich zu einem Geständnis durchdrang. Nunmehr hatte er sich vor dem Schwurgericht zu verantworten.

Der Angeklagte ist bereits einigemal wegen Betrug und Urkundenfälschung vorbestraft und macht den Eindruck eines recht unfertigen Menschen. Als er vor einiger Zeit nach Karlsruhe kam, war er nur zwei Monate in Arbeit als Fotograf und ist seitdem arbeitslos. In der Zeit seiner Arbeitslosigkeit bekam er eine Anwandlung von Hochstaplerei und lud s. B. einmal ein Ehepaar zu einer Autofahrt ein. Am anderen Tag schickte er den Leuten eine Rechnung von 85.— Mark. Bei einer hiesigen Autofirma gab er sich als reicher Mann aus, der eine größere Erbschaft in Erwartung hätte, machte Probefahrten und schloß schließlich einen Kaufvertrag ab für einen Opelwagen, ohne jedoch einen Pfennig Geld zu besitzen. Aus ähnlichen Motiven dürfte er auch ein Inserat in der Zeitung aufgegeben haben, in dem er eine Sekretärin suchte. Verschiedentlich soll er sich auch als Stellvertreter und Direktor der Königenabteilung des Krankenhauses ausgegeben haben. Er selbst bezeichnet all diese Sachen als dumme Jugenstreich.

Im angeklagten Fall hatte der Angeklagte die Aussagen zu machen, ob er mit der Mutter geschlechtlich verkehrt habe. Aus irgend einem ersichtlichen Grund gab er bei der Vernehmung ein falsches Zeugnis ab. Nachdem festgestellt, daß eine solche Vernehmung in der Zeit vor der Empfängnis lag, und er zur Zahlung von Alimenter nicht mehr in Frage kam, wäre für ihn die Wahrheit doch ungefährlich gewesen. Es besteht nur die Möglichkeit, daß er trotzdem gläubig herangezogen zu werden. Von dem Mädchen selbst hatte er eine Bekanntschaft verlangt, aus der hervorging, daß sie beide nichts miteinander gehabt haben. Angeblich wollte er sich verloben und das andere Mädchen wollte ohne diese Bekanntschaft nicht einwilligen. (?)

Der Sachverständige Medizinrat Dr. Croissant ermittelte das Gutachten, nachdem auf die geladenen Zeugen verzichtet wurde. Der Angeklagte ist erbslich nicht belastet und geistig zu rechnungsfähig. Der Staatsanwalt sah den objektiven und möglichen Tatbestand für erfüllt. Das Geleit läßt mildernde Umstände nicht zu, er beantragte deshalb eine Zuchthausstrafe von 1. Jahr 3 Monate. Er selbst führte eine Menge strafmildernde

Umstände an, die den Angeklagten vor einer härteren Strafe schützten. Rechtsanwalt Dr. Klugensfuß bittet den Angeklagten nur wegen fahrlässiger Fahrlässigkeit einer Gefängnisstrafe zu verurteilen. Nach einer kurzen Beratung verurteilt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Köhler, das Urteil wegen Meineid wird der Angeklagte zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt, dazu kommt die dauernde Unfähigkeit als Zeuge aufzutreten zu können. Ein Monat der ersten Untersuchungshaft wird anerkannt.

Damit ist die diesmahlige Tagung des Schwurgerichts beendet. Eine außerordentlich harte Strafe für eine Dummheit, von einem jungen dummsinnigen Menschen, dem jede Logik für den täglichen Alltag fehlt. So sprach der Staatsanwalt. Dazu kommt, daß er mit diesem Fall zum erstenmal vor Gericht stand. Seine weiteren Strafen sind nach diesem Meineid fällig geworden. Ihm hätte auch von richtigen Zeugnis ein Rechtsnachteil nicht entgehen können. Bei der Würdigung dieser Umstände muß man das Urteil als absolut hart bezeichnen, das in keinem Verhältnis zur Tat steht. Das Geleit läßt eine mildere Strafe nicht zu. Was man aber damit verdirbt, daß man einen jungen Menschen von 22 Jahren, der mit 21 Jahren diesen Eid geschworen hat, ins Zuchthaus steckt, das steht auf einem andern Blatt.

Die Lüge von jüdischen Vorwärts-Geldern

Eine Verleumdung erneut vom Gericht festgestellt, jedoch nur mit 50 Mark bestraft

Aus Erlangen wird berichtet: In der öffentlichen Sitzung des Stadtrats Erlangen am 19. Mai 1931 hat der nationalsozialistische Stadtrat und Ortsgruppenführer Hauptlehrer Groß

die schon so oft widerlegte Verleumdung gegen den Vorwärts aufgewärmt, indem er behauptete: „Die Fremdrassigen bezahlen die Treibereinnahmen. Der Vorwärts erhielt 800 000 Mark von den Fremdrassigen“. In diesem Zusammenhang nannte Groß den Namen Goldschmidt und den des Vorwärts-Redakteurs Stamper. Groß stellte ferner fälschlich die Behauptung auf, daß

die Juden die Arbeiterzeitschriften und insbesondere den Vorwärts finanzieren.

und Stamper habe so zu schreiben, wie es die jüdischen Geldgeber verlangen. Am Freitag hatte sich Groß wegen dieser Verleumdungen vor dem Einzelrichter des Erlanger Amtsgerichts, Oberamtsrichter Ed. zu verantworten. Der Beklagte machte nicht einmal den letz-

Reparationskonferenz und politisches Mißtrauen

Am Anjchluß an die Besetzung der Reparationskonferenz auf Juni veröffentlicht Abg. Gen. Dr. Weißfeld folgende Darlegungen:

Am sich wäre es aus zahlreichen Gründen sachlich angebracht gewesen und es hätte auch im Sinne der Bestimmungen des Young-Planes und des Baseler Berichts gelegen, wenn die Reparationskonferenz über die Reparationen unmittelbar nach den Verhandlungen der Baseler Sachverständigen einberufen worden wäre.

Eine dauernde Regelung, die im Interesse aller läge, wäre der vollständige Verzicht auf die Reparationen und auch auf die Ansprüche Amerikas an seine ehemaligen Verbündeten.

durchgehen wird, ist mehr als zweifelhaft. Schon deshalb, weil bis dahin kaum eine Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Schuldneren erfolgen kann.

Worauf es vor allem ankommt, ist, daß nicht ein Bruch vollzogen wird. Die deutsche Erklärung, wonach wir nicht mehr zahlen können, muß aufrecht erhalten werden.

Sicherlich stehen die Reparationsverpflichtungen als solche der Wiederherstellung der deutschen und der internationalen Wirtschaft in hohem Maße hindernd im Wege.

Schon heute herrscht im französischen Volk eine Kriegslust, die hier und dort sogar zu einer Kanistimmung ausartet. Sie ist sicher unbegründet, und sie wird freudlos ausgebeutet von der Rüstungsindustrie, der es gelungen ist, sich eines maßgebenden Teils der französischen Presse zu bemächtigen.

Veranstaltungen

Badisches Landestheater: Tosca, 20 Uhr. Colosseumtheater: Internationale Ringkämpfe, 20.30 Uhr. Gloria-Palast: Der Gaußmann von Ripent, Tonbildprogramm.



Volks-Trauertag

Sonntag, 21. Febr. 1932, vorm. 11.30 Uhr, im großen Saal der Festhalle

Gedächtnisfeier

Wirtworte: Hugo Ernst Mahner, Orgel; Orchester des Badischen Landestheaters, Leitung: Generalmusikdirektor Josef Stribl; Männergesangsverein Eiderhalle, Leitung: Studienrat Hugo Mahner; Ansprache: Professor Dr. Mittelstraß.

- 1. Orchester: Kaiserliche Trauermusik... 2. Orgel: Prälabium c-moll Op. 63/1... 3. Männerchor: „Heldenriedhof“... 4. Ansprache... 5. Männerchor: „Der gute Kamerad“, Volksweise... 6. Orchester: Zweiter Satz aus der 7. Symphonie Ludwig van Beethoven

Wir laden die gesamte Bevölkerung zur Teilnahme ein. Einzelne Einladungen ergehen nicht. Die Teilnehmer werden gebeten, in der Bedeutung des Tages angemessener Kleidung zu erscheinen.

Ortsgruppe Karlsruhe des Landesverbandes Baden des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge



Badisches Landestheater

Donnerstag, 18. Febr. 1932 (Donnerstagmiete) 2h. Gem. 1801-1400

Tosca

Von Puccini Dirigent: Schwarz Regie: Wulfaardt

Freitag, 19. 2. Die Fresta wider Willen. Hierauf: Der Kriemhild. Sa. 20. 2. Napoleon oder Die hundert Tage. So. 21. 2. Nachmittags: Dantes Küsselied. Abends: Zum ersten Mal: Das Herz. Am Samstagabend: Keine Vorstellung.



Mengenabgabe vorbehalten Käse / Fette Norweg. Schmelzkäse vollfett... Frische Fische Kablau Schellfisch... Kolonialwaren: Erbsen, gelb...

Bierwürfl in klein Erdosen bekannt gute Qualität -78 Vollfrische Eier Ausland Holland 10 Stck. -75

Orangen süß und saftig 50 In unserem Erfrischungsräum: Täglich Künstler-Konzert! Zur Traubensalkur im offenen Ausschank!

Durstwaren Fetter Speck 70, Dörrfleisch mager 90, Kassi-Rippenpeper 1. Westfäl. Kochmettwurst 95, Wolfsküse 10, Schweinskopf in Gelee 15

Essäpfel 2 Pfund 25

Advertisement for Billige FISCHE in allerbesten Qualität. Einsetzfrisch direkt von der See: Grüne Heringe Pfund 15, Bratschellfische Pfd. 22, Seelachs f. ganz Pfd. 22, Kablau im ganz Pfd. 28, Kablaufilet... Pfd. 45, Zander... Pfd. 60, Stockfische 30, Besonders preiswert: Seeaal 1/2 Pfund 15, Pfañkuch

Kaffee Bäuer Heute Donnerstag 20.30 Uhr abends Gesellschafts-Tanz Kapelle Willy Martini Eintritt frei

Colosseum Heute 9.30 Uhr ringen: 12.6 Rainer-Paradanoll Schulz-Morell Kop-Gocksch Neumann-Pogrzeba

Farbige Carbolineum für Gartenhäuser, Umzäunungen usw. Farbenhaus Weststadt KÖRNERSTR. 42 ECKE SOFIENTR.

Ettlinger Anzeigen Brennholz- und Stangenverfeigerung. Die Stadtgemeinde Ettlingen verleiht am Montag, den 22. ds. Mts., vormittags 9 Uhr, im Rathaus zur Sonne, aus Zutr. I. Nr. 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000

Wer tanzt Damenrad mit fast neuem Standgrammophon n. Plattenoffer mit 12 Platten. Zu erf. bei Zimmermann, Waldstraße 55, V.

Grammophon und Platten, fast wie neu für 20 M. zu verkaufen. Kaufinteressenten wollen ihre Adr. unter D265 an den Volksfr. einf.

Freiwillige Verfeigerung. Freitag, 19. Februar 1932, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, Kronenstr. 30, im Auftrag des Herrn Rechtsanwalts Friedrich die zur Konturmasse des Moris Engelberg gehörigen Sachen gegen bare Zahlung öffentlich versteigern: 1 Speisezimmer, 4 Betten, 1 Kinderbett, 1 Spiegel, 1 Kleiderkasten, 2 Nachtschische, 1 Nähmaschine, 1 Regulator, 1 Chaiselongue, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 Schrankgrammophon, 1 Wäschekorb, 1 Flurgarderobe, 1 Küchenbänke, 1 Wabellampe, verschiedene Kochgeschirre, Glas- und Porzellan, Eimer, 4 Delpemäde, 1 Farbendruck, versch. Herren- u. Kinderkleide, 1 Kohlen- u. 1 Gasheerd u. sonst. versch. Hausat.

Suche für kräftigen Jungen, 16 1/2 Jahre, sehr hübsch, bei väterlicherem Beruf hier oder auswärts. Zu ertrag. unt. Nr. 1262 im Volksfr.

2-Zimmer-Wohnung gegen 2-3-Zimmer-Wohnung in Mühlburg zu tauschen gesucht. 2-Zimmer, Kutschstr. 20, 4th. Zwei kleine Zimmer u. Küche an alleinstehende Frau ohne Anhang auf 1. April abzugeben. Gegenleistung: Mietung von 4 Bierraum. Ringstr. 1270 an d. Volksfr.

Garbgerichte. Rühmliche, 16-jähriger Junge in Schreinerlehre. Gesch. Offert unt. S263 an d. Volksfr.

2-Zimmer-Wohnung in Mühlburg zu tauschen gesucht. 2-Zimmer, Kutschstr. 20, 4th. Zwei kleine Zimmer u. Küche an alleinstehende Frau ohne Anhang auf 1. April abzugeben. Gegenleistung: Mietung von 4 Bierraum. Ringstr. 1270 an d. Volksfr.

Eiserne Front der Aufklärung. Massenaufgabe: FR. WENDEL. Der Bondarm von Hildburghausen. Ein national-symphathisches Traktätchen. 0.05. Neuaufgabe: WELS - HÖLTERMANN - GRASSMANN - WILDUNG. Eiserne Front Vier Auftrufe. 0.15. Neuerscheinungen: D. PETER GARWY. Sowjet-Deutschland? 0.10. KARL RAIMUND. Betrogene Jugend. Anklage eines jungen erwerbsl. Deutschen. 0.25. Parteilvereine, Volkstreuendilalen, Gewerkschaften sorgt für Massenvertrieb dieser Broschüren am Tag der Kundgebungen der Eisernen Front! Bestellungen erbitten wir umgehend an uns! VOLKSFREUND BUCHHANDLUNG Karlsruhe (Baden) Waldstraße 23 Fernsprecher 7020/7021